

## Israel im fünften Monat des Palästinenser-Aufstands

# „Wir teilen die gleichen Traumen“

Wie politische Köpfe im Land den Kern des Konflikts und eine Lösung sehen

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Jerusalem, Ende April

Die Siedlung Ofra, eine halbe Fahrstunde nördlich von Jerusalem, war einst ein jordanisches Armeelager. Davon zeugen noch heute die abbröckelnden Beton-Baracken, graue Klein-Festungen, die inzwischen als Klassenzimmer dienen. Die Kinder von Ofra haben sie mit hochwachsenden, üppigen Calendula-Büschen umsäumt, die abweisenden Konturen aber mit den Blumen nicht kaschieren können. Auch die neuen Fertighäuser, die mit ihren weitausladenden roten Dächern von weitem fast eine Heiðidylle suggerieren, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Ofra in seiner Neu-Inkarnation ebenfalls ein Außenposten geblieben ist.

Jenseits des Zaunes ist „Intifadah-Land“, wo seit fünf Monaten das Unberechenbare regiert: mal die Ruhe des bäuerlichen Produktionszyklus, mal die benzinbombenbewehrte Revolte der palästinensischen Jugend. Die Siedler von Ofra sind hier, um in „Eretz Israel“, dem Land der Verheißung, zu leben und zu arbeiten – nicht um den hohen Quadratmeterpreisen Jerusalems zu entfliehen. Wie aber lebt es sich in einem Land, wo in der Praxis nicht die Verheißung, sondern die Waffe dem Wohnrecht zur Geltung verhilft? Joel Bin-Nun, der 41 Jahre alte Rabbiner und Gymnasiallehrer, schweigt lange, bevor er mit leiser Stimme antwortet: „Dies ist nicht die Frage, die uns wirklich bedrückt. Wir glauben, daß die Araber uns aus ganz Eretz Israel vertreiben wollen – aus Ofra wie aus Tel Aviv.“

## Briefwähler im Ausland

Und die moralischen Kosten der Herrschaft? „Darüber habe ich nächtelang mit den Verrückten in der Siedlerbewegung gestritten, die immer mit einem Rachefeldzug auf jeden Stein antworten wollen.“ Dann zieht Bin-Nun für den Besucher aus Deutschland ein Buch aus dem Regal. Der Titel lautet „Jiddisch und die deutschen Mundarten“, der Verfasser ist der Vater des Rabbi, Jechiel Bin-Nun, der mit dieser Dissertation im Jahre 1936 (!) den Dokortitel an der Universität Heidelberg erworben hat. Dem Vater ist die Flucht aus Deutschland noch gelungen; der Sohn hat daraus die existentielle Lehre gezogen: „Selbst wenn ich manchmal gegen meine Überzeugungen handeln muß, werde ich eher Macht anwenden, um mich und Israel zu schützen, als mich in der Diaspora auf den guten Willen des

Gastvolkes und das Gebet an Gott zu verlassen. Ich bin gegen Schießen und Deportation, aber ich glaube nicht, daß ich die andere Wange hinhalten muß, nur weil ich Jude bin.“

Und die Palästinenser, die nun ihrerseits in einer Diaspora unter Fremdherrschaft leben? Der Rechtsanwalt Eljakim Ha'etzni stammt aus Kiel und lebt seit 1972 in Kiriat Arba, der zweitältesten Siedlung auf der Westbank. Seine Antwort ist die klassische Antwort der israelischen Rechten: „Es gibt bereits einen Staat, der heißt Jordanien, wo sie 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen.“ Diesseits des Jordans will er ihnen die Autonomie in der Kommunalverwaltung, Bildung und Religion zugestehen; alle anderen politischen Rechte sollen sie als jordanische Staatsbürger in Amman wahrnehmen – sozusagen als Briefwähler im Ausland. „Wer aber nicht unter jüdischer Herrschaft in einem Viertel des historischen Palästinas leben will, der soll in die anderen drei Viertel (also Jordanien) überwechseln.“ Bis jetzt hat der Rechtsanwalt auf Englisch doziert, plötzlich fällt er ins Deutsche: „Das ist doch elementar, oder?“

Ha'etzni ist bereits auf dem Sprung; er muß noch zu einer Demonstration gegen die Regie-

rung und dann zu einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC. Doch bevor er geht, verweist er auf den Urkonflikt (diesmal wieder auf Englisch): „In den nächsten 500 Jahren besteht nicht die geringste Chance, daß die Moslems im *Daar-al-Islam*, dem Hause des Islam, eine souveräne Einheit akzeptieren, die nicht moslemisch und arabisch ist. Nehmen Sie die Maroniten und Kurden. Die einen sind Araber, aber nicht Moslems; die anderen Moslems, aber nicht Araber. Und beide werden gnadenlos bekämpft, wo sie auf eigene Staatlichkeit pochen. Da sollen die Juden, die weder das eine noch das andere sind, auf Anerkennung hoffen?“

Im Restaurant der Knesseth in Jerusalem erinnert Eliahu Ben-Elissar, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, ebenfalls an das Grundsätzliche. Zwar war er, einer der Wortführer im Likud-Block, jahrelang Botschafter in Ägypten, dem ersten arabischen Land, das Israel anerkannt hat. Dennoch: „Der Kern des Konflikts hat sich nicht verändert. Alle arabischen Staaten verweigern den Juden das politische Existenzrecht. Selbst Ägypten erkennt uns nur als Realität an, nicht aber unser Recht, eine Realität zu sein.“ Die Unterscheidung, mag eine sehr feine sein, aber

Quelle

Datum

die politischen Prämissen des Ex-Botschafters sind wie in Stein gemeißelt. „Der Grundkonflikt bezieht sich nicht auf einen separaten Palästinenser-Staat zwischen Amman und Jerusalem, sondern auf das ganze Palästina. Die Palästinenser wollen alles diesseits des Jordans; also müssen wir in den Gebieten bleiben.“

Das heißt also, zwei Millionen Fremden ihre politischen Rechte permanent zu verweigern? „Nein, nein. Sie werden mit vollen Rechten am politischen Leben teilnehmen – freilich als jordanische Staatsbürger, deren Hauptstadt Amman heißt.“ Dieses schlichte Rezept – der Mensch hier, seine staatsbürgerlichen Rechte dort, und dazwischen die israelische Armee – versucht die Quadratur des Kreises: das Land im Namen der Sicherheit zu behalten, dessen Bewohner aber als politische Wesen gleichsam zu deportieren, auf daß nicht dereinst (die Demographen sagen: im Jahr 2004) die arabische Mehrheit die Macht per Geburtenüberschuß und Stimmzettel erringe. Die Palästinenser dürfen auf dem Land bleiben, aber nicht als Volk. Sie dürfen Souveränität ausüben, aber nicht hier. Sie wären, folgt man Ben-Elissar auf seinem gedanklichen Drahtseil, sozusagen

Gastarbeiter im eigenen Land – wenn auch mit reichlichen kommunalen Sonderrechten.

Das Parlamentsrestaurant ist das Zentrum der israelischen Politik. Hier schlürft Tee miteinander, wer nebenan, in der Kammer, aufeinander einschlägt – und mehr: Das Restaurant ist die *agora*, der Marktplatz der Demokratie wie im alten Athen, wo jeder mit jedem redet, klatscht, koaliert – Politiker, Journalisten, Bürger. Am Nebentisch sitzt Ezer Weizman, einst Begins Verteidigungsminister, der 1980 aus Enttäuschung („er hat den Friedensprozeß nicht weitergeführt“) nach links, zur Arbeiterpartei von Schimon Peres, ausgeschert ist.

„Es hat sich überhaupt nichts geändert“, attackiert Weizman temperamentvoll seinen politischen Rivalen Ben-Elissar. Sarkastisch beantwortet er die Frage selbst: „Nein, in einer Beziehung wirklich nicht. Wir sind so paranoid wie eh und je, und glauben, daß die ganze Welt gegen uns ist.“ In Wahrheit habe sich seit Gründung des Staates vor 40 Jahren reichlich viel im Verhältnis zu den Arabern geändert. „Ich habe im Unabhängigkeitskrieg in meiner deutschen *Me-109* die ersten Einsätze gegen die britischen *Spitfires* der Ägypter geflogen, und ich war seitdem in jedem Krieg dabei. Doch im nächsten Jahr wird Camp David – der Friede mit Kairo – zehn Jahre alt sein. Look here“, sagt Weizman, während er mit einer üppigen Dame im besten Alter Küßchen tauscht, „wir wollten militärische Sicherheit, und wir haben sie bekommen. Doch der Kern unserer

Sicherheit ist, Teil dieser Region zu sein. Alle, die behaupten, daß die Araber uns hassen, und nichts tun wollen, dies zu ändern, vergehen sich gegen die Grundlagen des Zionismus. Das sind Khomeinis.“

Weizman verabredet Konkretes mit seiner Bewunderin. Dann fährt er fort: „Was ist denn der Zweck des Krieges? Im Clausewitzschen Sinne eine bessere politische Situation zu zeigen!“ Wei-

che? „Ich bin bereit, mit allen zu reden – mit Palästinensern, Jordanern und Arafat selbst –, die uns anerkennen. Wir werden über die neue politische Identität von ganz Gaza und von einem Teil der Westbank reden. Unsere Sicherheit muß durch Entmilitarisierung wie im Sinai garantiert werden, der Frieden durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und offene Grenzen. Nichts verbindet Länder mehr als die Wirtschaft.“ Sagt's und stibitzt seinem Parteifreund Benjamin Ben-Eliezer ein Stück Hirtenkäse vom Teller.

Irgendwo zwischen Weizman und dem Traditions-Rechten Ben-Elissar sitzt Ehud Olmert. Er gehört zur Generation der Vierzigjährigen in Jitzschak Schamirs Likud, ist aber schon seit 15 Jahren Mitglied der Knesseth. „Wir wollen pragmatischer als die Alten sein; auch wenn die Araber jeglichen Territorialkompromiß verweigern, dürfen wir nicht einfach auf unserem Hintern sitzen bleiben.“ Andererseits wirft er Schimon Peres und der Linken vor: „Der will Begin nachahmen und eine Oscar-verdächtige internationale Konferenz mit einem glamourösen Friedensschluß inszenieren. Nur: Hussein (von Jordanien) ist nicht Sadat, und die Westbank ist nicht der Sinai.“ Was aber würde er tun? „Nimm den festgefügt Status quo, schüttele ihn und warte ab, was dabei herauskommt.“ Ehud Olmert hebt sein Teeglas hoch. „Schieb dieses Glas von hier nach dort – zieh das Militär aus den Bevölkerungszentren zurück, gib den Leuten mehr Raum zum Atmen, erlaube ihnen Selbstverwaltung.“ Dann fügt

er hinzu: „Die Intifadah-Aktivisten müssen das Gefühl bekommen, daß sie etwas gewonnen haben.“

Einer, der sehr viel mehr im Sinn gehabt hat als „Gläserverschieben“, ist Olmerts Alters- und ehemaliger Parteigenosse Mosche Amirav. Ursprünglich gehörte er zur Jungaristokratie der rechtsnationalistischen Herut-Partei von Begin und Schamir; er war Führer ihrer Betar-Jugend und dann Chefideologe in der Programmarbeit. Inzwischen hat er die Partei verlassen, weil er überzeugt ist, daß „wir unseren alten Traum von ganz Eretz Israel aufgeben müssen“.

Im vorigen Sommer hat Amirav wochenlang mit Sari Nusseibeh, einem inoffiziellen Repräsentanten der PLO in Ost-Jerusalem, geredet. Schamir wußte von den Gesprächen, Arafat hat sie offenbar abgesegnet. Worum ging es? „Ich sprach von einer Konföderation zwischen Israel, Jordanien und einem palästinensischen Staat als Endziel“, berichtet Amirav, „aber in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren, in dem die PLO schrittweise quasi-staatliche Funktionen übernehmen würde. Denn: Am Anfang müßte die PLO den Israeli ihre Urangst nehmen – ihr Recht zur Staatlichkeit anerkennen und dem Terror abschwören.“ Arafat, so berichtet Amirav, soll bereit gewesen sein, „die gleichzeitige Anerkennung schon in der nächsten Woche auszusprechen“, doch Schamir traute dem Frieden nicht; im August 1987 ließ er die Gespräche abrupt abbrechen.

Dennoch drang dieser Dialog – anders als die Standardrhetorik von links und rechts – zum eigentlichen Kern des Konflikts vor, legte er die psychologische Trasse, den die Politik dereinst

Quelle

Datum

3

beschreiten muß. „Ich begriff zum erstenmal“, erinnert sich Amirav, „daß wir die gleichen Traumata teilten. Die Palästinenser können, genauso wie wir, eben nicht irgendwo anders hingehen; die anderen Araber wollen sie nicht haben.“ Warum wir uns aber so an der Anerkennung festbissen, wollten sie wissen. Ich antwortete: „Wir haben Angst. Wir sind zwar die stärkste Militärmacht, aber wir sind in Wahrheit die schwächere Minderheit unter 150 Millionen Arabern, und deshalb seid ihr letztlich die Stärkeren. Ihr müßt unsere Angst genauso verstehen wie wir eure Aspirationen.“ Der Grundsatz-Deal, so Amirav, müsse deshalb sein: „Nur wir können euch zu einem Staat verhelfen, nur ihr könnt uns in dieser Region die Anerkennung verschaffen.“

### Proben vor der Kamera

Sein Visavis Sari Nusseibeh versichert heute, im fünften Monat des Aufstandes, daß „die Palästinenser genau dieselben sind“ wie im vorigen August, als es zum Bruch kam. „Wir sind weiter zum Dialog mit Israel bereit.“ Indes: In der vergangenen Woche wurde abermals klar, wie weit der Weg noch ist, als die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC den Dialog zumindest vor der Kamera in Jerusalem proben wollte. Auf israelischer Seite waren Eliahu Ben-Elissar, Ehud Olmert und zwei jüngere Repräsentanten der Linken angetreten – zwar im heftigen Streit untereinander, aber dennoch im Team. Auf palästinensischer Seite, berichtete der amerikanische Produzent, ähnelte die Gruppe einem „Kartenhaus“, das, kaum aufgestellt, wieder in sich zusammenfiel, weil dieser Palästinenser nicht ausgerechnet mit jenen zusammen auftreten wollte – und schon gar nicht in einem Forum, das Verhandlungen symbolisieren könnte.

Die Show konnte trotzdem beginnen – aber erst nachdem der Moderator Ted Koppel auf Wunsch der Palästinenser einen Zaun über die Bühne gezogen hatte und von dort aus die Diskussion leitete. In diesem Zaun steckt nicht bloß Symbolik, sondern auch ungewollt ein Stück konkreter Sicherheitspolitik. „Ein Land mit schlechten Grenzen kann ich verteidigen“, sagt Jehoshafat Harkabi, einst General und heute Professor an der Hebräischen Universität. „Ich kann aber kein Land verteidigen, in dem die Hälfte der Bevölkerung auf seiten unseres Feindes steht. Das könnte nicht einmal die Supermacht Amerika, wenn plötzlich 100 Millionen Russen in Arizona lebten.“

3